

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: H. Bebel, Petersstraße 18, F. Thiele, Emissionstraße 2.

Der Volksstaat

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Abonnementpreis: Für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.

Filialerpedition für die Vereinigten Staaten:

F. A. Sorge, Box 101, Hoboken N.J. via Newyork

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerksgenossenschaften.

Monats-Abonnement auf den „Volksstaat“ für 4 Ngr. nehmen sämtliche Filialexpeditionen an. In Leipzig und Umgegend nehmen unsere Kolporteurs Bestellungen entgegen, sowie die Expedition des „Volksstaat“, Petersstraße 18.

An die Parteigenossen!

Noch in letzter Stunde vor unserer Amtsniederlegung tritt an uns von Neuem die unabwiesliche Pflicht heran, Euch mit nachdrücklichster Dringlichkeit wiederholt zuzurufen:

Verlaßt unsere zahlreichen Gefangenen und deren Familien nicht!

Das Wenige, was bis jetzt auf unsere mehrfachen Aufforderungen für die Inhaftirten bei der Parteikasse einging, reicht nicht im Entferntesten aus für die immer größer werdende Zahl Derer, die im gerechten Kampf für unsere Sache zu Untersuchungshaft und Kerkerstrafen verurtheilt sind. Es ist daher augenblicklich die erste und größte Pflicht aller Parteigenossen und Freunde, hier entschieden einzutreten, denn es wäre eine Schmach, wenn wir unsere Inhaftirten, hauptsächlich aber deren Familien, dem Glende preisgeben würden.

Wir erwarten, daß Keiner zurückstehe, sondern Jeder seine Pflicht erfülle!
Leipzig, 28. August 1871.
Der prov. Ausschuss.

An die Parteigenossen.

In der Partei-Versammlung vom 21. sind zu Mitgliedern der Kontrol-Kommission gewählt worden: Wegner, Wille, Reimann, Binden, Malewski, Schettler, Wehler sen., Skladanowski, Josefowicz, Vogel und Kwasniewski.

Bei der gestern, den 24., erfolgten Konstituierung der Kommission wurde Wegner zum Vorsitzenden derselben, Reimann zu dessen Stellvertreter, Kwasniewski zum ersten und Josefowicz zum zweiten Schriftführer ernannt.

Wegner, an den alle Briefe zu senden ersucht wird, wohnt Landwehrstraße 5/6, Keller, links.
Berlin, 25. August.
Th. Wegner, Gustav Kwasniewski
Landwehrstraße 5/6, Scharrenstraße 7, III.

Politische Uebersicht.

Die Verhöre des Versailler Kriegsgerichts sind nun zu Ende geführt, der Schluß der Verhandlungen krönt das ganze Werk. Zu guter Letzt hat man nämlich einen „Zeugen“ Lasnier vorgeführt, welcher aus Ferré's Mund den Befehl zum Anzünden des Finanzministeriums gehört haben will! Bekanntlich hat sich der Betittel mit dem Inhalt: „Lassen Sie das Finanzministerium anzünden“, welcher von Ferré's Hand sein sollte, als eine elende und ebendrei ungeschickte Fälschung herausgestellt. Wie anders kann man nun dem Ferré beikommen, als indem man vor Thorschluß einen Belastungszeugen vereidet, zu dessen Widerlegung der Angeklagte keine Zeit mehr hat? —

Solchergehalt sind nun alle Mittel, welche die Gemeinheit je erfonnen, um den Gegner zu verderben, erschöpft — und jetzt kann der Henker sein Werk beginnen. Der Regierungskommissar Gaveau hat bereits die Anklageakte verlesen, der Eindruck aber, den dieses Monstrum von Staatsanwalt hinterlassen hat, läßt sich annähernd begreifen, wenn man bedenkt, daß selbst kommunalistenfeindliche Reporter, wie z. B. der Pariser Korrespondent der „Neuen freien Presse“, ihn nicht anders als den „dummen Gaveau“ nennen. Mit den Angeklagten ist freilich der genannte Korrespondent und das ganze Gros seiner Kollegen ebensowenig zufrieden, wie mit Gaveau; die Bourgeois-Presse ist vielmehr außer sich darüber, daß die Angeklagten während des Verhörs so wenig Sympathie für Feuer und Blut erlangt haben; daß sie vielmehr so „erbärmlich feige wa-

ren, die Handlungen nicht einzusehen und zu vertreten“ — welche der Kommune von den Prekturkos angelogen und untergeschoben worden waren! — Die Raivetät dieser Soldschreiber wird nur von ihrer Niedertracht übertröffen.

Nachstehend noch Einiges aus dem Verhör: Präsident geht zum Verhör des Angeklagten Schumacher Tringuet über. Tringuet antwortete mit Bestimmtheit und ohne Rücksicht zu suchen; er macht den Eindruck eines sehr kaltblütigen Menschen, der seine Sache für die gerechte, wenn auch für eine verlorene hält und Ausreden und Zweideutigkeiten verschmätzt. Er hat sich zuerst in die Politik gemischt aus Anlaß der Wahlen von Rochefort und Gambetta im Jahre 1869; dann wurde er im März 1870 wegen bewaffneter Theilnahme an einer Gmence zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt und durch die Revolution vom 4. September aus der Haft befreit. Am 6. April ohne sein Zutun zum Mitglied der Kommune ernannt, stimmte er für das Gesetz über die Geleisen, wie er sagte, um auf die Regierung von Versailles eine Prevision zu Gunsten einer Verständigung zu üben, verfügte die Durchscheidung von Krühen, wie er besapnerte, weil dieselben Waffen verbergen sollten, befaßte die Verhaftung Mijerets, nahm aber an dem Votum über die Verführung der Vendémiesäle und des Hauses von Thiers keinen Theil; er hätte, sagte er, für die erstere und gegen die letztere Demotion gestimmt. Am 20. Kronendement wurde ein Friedensoffizier Namens Rodde füsillirt, weil er sich geweigert hatte, auf die Armeen zu schießen. Tringuet giebt zu, dieser Execution beigewohnt, befreit jedoch, dem Opfer mit seinem Revolver den Gnadenstoß gegeben zu haben; er sei zugegen gewesen, weil er eben auf der Mairie eine Trauung vornahm. Die 1230 Frcs., die man bei ihm fand, will er von einer Spekulation her, die aus dem Jahre 1859 datirt, befehen, nicht aber von der Kommune haben, wie beim auch Jourde befaßt, daß Tringuet nicht sehr sparsam und ordnungsliebend war und in der Zeit, da er sein Handwerk trieb, nie die 6 Frcs. verzehrte, die er pro Tag verdiente. Ich habe mich, sagt Tringuet, für die Sache der Republik, der ich angehört bis zum letzten Tage gefolgt und mein Käppi und Mantel sind von Angeln durchlöchert; ich bedaure nur, daß ich nicht gefödtet wurde und daß es mir nicht erspart blieb, zu sehen, wie ehemalige Kollegen von mir die Verantwortung für Alle ablehnen, die sie unter meinen Augen begangen haben. —

Als Verurtheilungsurtheil betrubet Devin ein Beamter der Mairie, daß die Nationalgarde sich oft darüber beklagt hätten, daß Tringuet sich der Hinrichtung der gefangenen Gendarmen und Stadtrigebanten widersetze.

Eine bis jetzt noch nicht ganz aufgeklärte Rolle spielt der Angeklagte Kullier.

Die Jengen Jallu, Camus und Dutheil de la Lucque, welche im Auftrage von Versailles mit Kullier unterhandelten, haben sich sämtlich mit Krankheitszeugnissen entschuldigt; ihre Zeugnisse werden verlesen. Dutheil sagt aus, daß der Minister des Innern (Picard) diese Verhandlungen sehr begünstigt und für dieselben dem Ingenieur Camus durch eine Frauensperson 50,000 Frcs. zur Verfügung gestellt hätte; auch sei es dieser Bewödnung zu danken gewesen, wenn die Truppen in Batignolles und Montmartre ohne Schwerefisch einrücken konnten. Kullier und seine Genossen Gasnier, David und de Bignon hätten sich für ihre Personen Straflosigkeit ausbedungen; Hr. Barthelemy, St. Hilaire, der Generalsekretär des Ministers, hätte eine schriftliche Erklärung in diesem Sinne nicht geben wollen, aber versprochen, dafür zu sorgen, daß Mac-Mahon und sein Generalstab sie entschlipfen lasse. Camus bekräftigt diese Angaben mit dem Hinzuügen, daß Kullier eine Anzahlung von 30,000 Frcs. empfangen hätte. Kullier sagt, sein Pan sei gewesen, zuerst die Diktatur in Paris wieder an sich zu reißen und dann mit Versailles zu unterhandeln; er hätte sich nicht gegen die rechtmäßige Regierung empören, sondern nur die Republik vor den Anschlägen der reaktionären Majorität schützen wollen. Zeuge Falcel, ehemaliger Präsident des Klubs der Jolies Bergères, kennt Kullier seit langer Zeit als einen rechtschaffenen Republikaner, welcher „Gewalthätigkeiten à la 1793“, „verabscheute“ (II) und am 18. März Herr der Bewegung zu sein glaubte.

Zur Vertheidigung erhält Ferré, der keinen Anwalt annehmen wollte, das Wort. Er verliest ein Schriftstück, welches er schon zuvor unter die Journalisten hat vertheilen lassen. Dasselbe lautet:

„Nach dem Abschluß des Friedens, welcher die Folge der schmählichen Kapitulation von Paris war, befand sich die Republik in Gefahr; die Männer, welche auf das in Roth und Blut zusammengebrochene Kaiserreich folgten, klammerten sich an die Gewalt und bereiteten, obgleich von öffentlicher Verachtung überhäuft, einen Staatsstreich vor; sie bestanden darauf, der Stadt Paris die Wahl ihres Gemeinderaths abzuschlagen. Die ehrlichen und aufrichtigen Blätter wurden unterdrückt, die besten Patrioten zum Tode verurtheilt, die Royalisten schidten sich an, Frankreich unter sich zu vertheilen. Endlich in der Nacht vom 18. März glaubten sie sich bereit und versuchten die Entsaftung der Nationalgarde und die Massenverhaftung der Republikaner. Ihr Anschlag scheiterte an dem Widerstande von ganz Paris und an dem Abfall ihrer eigenen Soldaten; sie mußten selbst nach Versailles entweichen. In dem sich selbst überlassenen Paris verjagten nun müthige und energische Bürger mit Gefahr ihres Lebens, die Ordnung und Sicherheit wieder herzustellen. Nach wenigen Tagen wurde die Bevölkerung zur Wahlurne berufen und die Kommune von Paris gegründet. Es war die Pflicht der Regierung von Versailles, die Rechtsgültigkeit dieses Votums anzuerkennen und mit der Kommune zu unterhandeln, um die Eintracht zurückzuführen. Aber gerade im Gegentheil und als ob der Krieg mit dem Landesfeinde noch nicht genug Elend und Verwüstung über uns gebracht hätte, ließ sie noch den Bürgerkrieg folgen; aus Gah gegen das Volk und aus Wuth griff sie Paris an und unterzog dasselbe einer neuen Belagerung. Paris widerstand zwei Monate lang und wurde dann erobert; zehn Tage hindurch ließ die Regierung die Bürger ohne Urtheil massakriren und erschlagen. Diese unseligen Tage finden nur in der Bartholomäusnacht ihres Gleichen; Juni und Dezember wurden übertröffen. Wie lange noch wird das Volk sich zusammenschließen lassen? Mitglieder der Kommune von Paris, bin ich in den Händen ihrer Sieger; sie wollen meinen Kopf, mögen sie ihn nehmen! Frei habe ich gelebt und so will ich auch sterben. Nur noch ein Wort: Das Glück hat seine Kanonen; ich vermahe die Sorge für mein Gedächtniß und die Nahe meines Endes der Zukunft.“

Bei den letzten Worten läßt sich der Präsident die Aeußerung entschlipfen: „Das Gedächtniß eines Mörders!“ Der Vertheidiger Ranchon nimmt dieses Wort auf und konstatirt, daß der Präsident dem Urtheil des Gerichtshofes vorgeworfen habe, novon Art zu nehmen sel. Präsi. Merlin antwortet gelassen, er bedauere, daß

ihm jenes Wort entschlipft sei; er hätte höchstens sagen sollen: Das Gedächtniß eines des Mordes angeklagten Menschen. (I) —

Ein Zeugniß aus Feindesmund. Die Wiener „Tagespresse“, Organ des Grafen Hohenwart und fanatische Gegnerin der Sozialdemokratie, bringt aus Paris (d. d. 14. August) folgende Korrespondenz über den Versailler Prozeß: „Kaum hat der Prozeß in Versailles begonnen, so stellt es sich heraus, daß die Revolution vom 18. März nicht ausschließlich von der Kanaille ausging, und daß die Kommune neben vielen verhängnißvollen und absonderlichen Charakteren auch ausgezeichnete Persönlichkeiten in ihrer Mitte zählte. Vor Allem hat ihr Alterspräsident, Herr Beslay, ein Mann von eminentem Begabung und Geschäftspraxis, sein langes Leben eines Ehrenmannes gekrönt, indem er die Bank von Frankreich leitete, zu welcher ihn die Kommune delegirt hatte. Diefelbe hatte eine nicht minder glückliche Wahl für die Post getroffen, wo ihr Delegirter, Herr Theih, wie Herr Beslay in der Bank verfuhr. Ihr Kriegskommissar, Herr Koffel, stellt sich als das interessanteste Opfer der Exaltation eines durch den Ver-rath und die Kapitulationen empörten Patriotismus und gekränkten Soldatencharakters dar.“

„Der Finanzminister der Kommune, Herr Jourde, stellt sich geradezu als ein Charakter dar, vor welchem man den Hut ziehen muß, und vor welchem schon der Hauptmann den Hut gezogen hat, der ihn verhaftete und zuerst verhörrte. Bedenkt man die Umstände, unter welchen der 18. März zu Stande kam, und die Kommune leben mußte, folgt man Herrn Jourde Schritt für Schritt in seiner politischen, finanziellen und administrativen Thätigkeit, hört man seinen Antworten auf die Anklagepunkte, so begreift man nicht, daß er nicht sogleich außer Untersuchung gestellt wurde, wie Herr Beslay. Der junge Mann erregte die laute Bewunderung des Herrn Magne, gewesenen Finanzministers, ob seiner Finanzverwaltung und ob der Klarheit und Schärfe, womit er dieselbe darzustellen und zu erklären wußte.“

Seine Beredbarkeit in und mit Jüssen erinnerte an die ungleichlichen Budgetdistiktionen des Herrn Thiers. Und dieser Finanzminister, während täglich Millionen durch seine Hände gingen, veran-gabte in einem kleinen Speisehaus keine zwei Krants für seine Nahrung, schlief in seiner ärmlichen Wohnung, wo seine Frau, wie gewöhnlich, selbst ihre Wäsche wusch, und befaß am Tage seiner Verhaftung ein Gesamtvermögen von 120 Francs. Dem Verichte drängt sich jetzt die Gemüthlichkeit auf, daß eine Versailler Bombe das Finanzministerium in Brand gesteckt, und Herr Jourde es erst verstanden hat, als er glaubte, dieses erste Feuer gelöscht zu haben. Unmöglich ist es jedoch nicht, daß hinter ihm das Feuer von thatsächlich verbrecherischen Kommunisten wieder geführt wurde.“

„Auch die Damen haben ihren Ehrenplatz in dem Prozeß. Eine einundzwanzigjährige Blondine, verhaftet und als Zeuge vorgeführt, machte Aufsehen durch ihre hocharistokratische Eleganz und Einfachheit, durch Takt und Geist und anmuthige, sittliche Würde. Sie bezauberte die Richter. Ihre revolutionäre Thätigkeit beschränkte sich darauf, Herrn Urbain, Mitglied der Kommune und Arrondissement-Maire, als Sekretär gebietet und in seiner Familie gelebt zu haben.“

„Ein anderer Montreprozeß, welcher ein furchtbares Licht über die summarischen Hinrichtungen und Verhaftungen werfen wird, bereitet sich in Paris vor dem Justizpalast wegen dreitausend falschen Denunciations vor. Die Mehrzahl der Angeklagten gehört dem schönen Geschlechte an. Und angesichts einer solchen Erscheinung müssen die Gefangenen auf den Schiffen in Brest erst noch den Minister Jules Simon an sein Versprechen erinnern, sie werden nächstens zu einem ersten summarischen Verhör befragt werden!“

„Vor ein Jahr vergeht, wird die Kommune ihre Legende, ihre Romantik und ihre Gloire haben. Staatsmänner müssen solchen Erscheinungen unerschrocken und philosophisch ins Auge sehen, nicht aber sie blindlings hinweglängeln wollen. Nichts ist hier schädlicher als Verfolgungswuth. Man muß sich wohl hüten, Märtyrer zu schaffen, und wende die Waffen des Gesetzes schonungslos nur gegen jene an, welche sich in der That durch verbrecherische Attentate gegen die Gesellschaft, durch Brand und Mord beslehten. Es wäre Verblendung oder planmäßige Verfolgungssucht, wenn man z. B. zwischen einem Ferré und einem Jourde, einem Regère und Villioray keinen Unterschied ziehen wollte. Es wird eben heit klarer, daß in der Kommune zwei Elemente vertreten waren. Die Einen schlossen sich der Bewegung aus politischen Motiven an, sie wollten in der That eine Umgestaltung des Staates und der Gesellschaft, während dem die Andern nichts als rohe Gewalt anstrebten, und kein Mittel schenkten, welches sie am Steueruder zu erhalten vermochte. Während nun dieses zweite Element von der Gesellschaft besondere Rücksichten nicht erwarten kann, da es durch sein Gebahren bis zur Stufe gemeiner Verbrecher herabst, hat das erstere das volle Recht auf jene Milde des Gesetzes, welche in allen freien Staaten Männern zu Theil wird, welche nur durch ihre politische Ueberzeugung mit dem Staate in Konflikt gerathen sind. Wenn man Männer wie Jourde, Villioray, Koffel, Courbet, und noch mande andere Männer, welche die rothe Fahne in dem unglückseligen Bürgerkrieg geschwungen haben, als gemeine Verbrecher behandelt, und mit der ganzen Wuth des Strafgesetzes züchtigt, so schafft man in der That Märtyrer, welche der Ausbreitung sozialistischer Ideen nach ihrer Verurtheilung noch förderlicher werden könnten, als selbst in den härteren Tagen der Kommunistenherrschast.“

Aus welchen Motiven der Verfasser vorstehender Korrespondenz den angeblichen Gegenjag zwischen Ferré-Regère und Jourde-Billioray re. konstruirt, ist nicht recht ersichtlich. Uns scheint Ferré — siehe dessen Verhör in Nr. 67 d. Bl. — ein ebenso „respektabler“ Mann zu sein wie Jourde, und wenn, wie es den Anschein hat, der Verfasser den Charakter der angeklagten Kommunalisten darnach schätzt, je nachdem sie mehr oder weniger Gewalt angewendet haben, so ist gar nicht einzusehen, warum Regère, der „Mäßigsten“ einer, welcher seltsamerweise nicht einmal die Beschlagnahme des Kirchenvermögens zugegeben haben soll, hinter Villioray zurückstehen soll. Damit sei nur angedeutet, daß die obige Beurtheilung des „Tagespresse“-Korrespondenten durchaus einseitig ist, und daß es einer vorurtheilslosen Kritik wohl gelingen dürfte, das Lob, welches oben einigen Wenigen, wie Jourde, Villioray, Koffel, Courbet gespendet wird, der überwiegenden Mehrzahl der Angeklagten zuzuthellen. Doch lassen wir das. Wir wollten die Korrespondenz der „Tagespresse“ ja nicht kritisiren, sondern bloß zeigen, daß der Eindruck des Versailler Prozeßes ein überwiegend günstiger für die sog. Angeklagten ist. —

Fortsetzung auf Seite 4.

Kapitulation Nr. 16. — Danzig.

Derselbe Kalkreuth, der nach den Saalenschlachten seine Truppen, als sie im Glende waren, schmählicher Weise verließ, wurde als Gouverneur nach Danzig geschickt, wo er schon vor dem Kriege als solcher gewaltet hatte. Die im „Brochhaus“ abgedruckte, so äußerst günstige biographische Notiz über diesen Menschen kann nur erlauft worden sein.

Zwar ist „die Uebergabe der Festung Ende Mai“, wie Generalmajor von Höpfer sagt, nach 76-tägiger Verteidigung, „als gerechtfertigt betrachtet worden.“ Jedoch, da der Reinigungsprozess vor den Kriegsgerichten gleich zur Zeit von den Sachverständigen und Eingeweihten als ganz ungenügend und trügerisch verhöhnt wurde, wie Drogens „Leben Yorks“ in Breite darthut, so weiß man, was von vorstehendem mageren Zeugnis zu halten ist.

Aus Danzig wie aus Kolberg waren die Desertionen täglich, stetig und bedeutend. Die Deserteure gehörten meistens den Regimentern an, die aus den von Polen gestohlenen Provinzen rekrutirt waren und wurden gemäß offizieller falschmündender Kartographie und ethnographischem Schwindel „Südpreußen“ genannt.

Die Allirten der Preußen, die braven, ehrlichen, erbfreundlichen Russen, wurden von einem Blutsoldat, früheren hannoverschen Lieutenant, Namens Bennigen, befehligt. Dieses Individuum hatte sein kleines Krantjunkervermögen verpraßt, und pour corriger la fortune, suchte er sein Glück in Rußland als verbummelter Lanzknecht. Er hatte gegen Jemeljan Pugatschew, einen „falschen“ Tsaren gekämpft für Katharina, eine unbezweifelte richtige Meze, und war ein Haupthelfer bei der Ermüdung des richtigen Tsaren Paul gewesen. Bei der Erstürmung von Dschotoff, zu der die Russen weniger durch das Georgenkreuz als durch verpfifferten Branntwein angeporrt wurden (Siehe: Herrmanns Geschichte des russischen Staats, Bd. 6, S. 178) und wo sie auf Befehl eines der vielen „Louis“ der Katharina, Namens Potemkin, plünderten, sengten, brannten und buchstäblich im Blute der Türken wateten, war er zugegen, und auch bei der Erdrosselung der Polen im Jahre 1794. Einem Kerlchen von solchen Antecedenten hatte der gauernde Dudmäuser Alexander I. das Kriegsschild in die Hände gegeben — dem Mörder seines eigenen Vaters — und von solchen Kameraden sollten die Preußen ihr Heil erwarten! Ziel das preussische Danzig in die Hände der Franzosen, so konnte man es sich ja beim Friedensschluß von ihnen abtreten lassen, wie man es wirklich mit dem preussischen Bialystok gethan hat, trotzdem Alexander, dieser „Gros du bas Empire“ Anfangs April in Sidullen bei Georgenburg den König vor einer russischen Division, die in Parade vorübergeführt wurde, umarmt und bewegt ausgerufen hatte: „Nicht wahr, Keiner von uns Beiden fällt allein? Entweder Beide zusammen, oder Keiner von Beiden.“

Von großer Wichtigkeit für die Verteidigung Danzigs war die Behauptung der Danziger Mehrung, die der preussische General Rouquette besetzt hatte, dem jedoch zu geringe Streitkräfte zugetheilt waren, und selbst diese wenigen waren ganz unverläßlich. Er bat Kalkreuth um Verstärkung. Dieser sandte ihm ein Pulk Kosaken unter einem Obersten Malachow. Es waren nämlich so eben 3 Pulte in Danzig angekommen. Später, als die Mehrung schon verloren gegangen, trafen noch 3000 Mann russischer Infanterie ein. „Die russische Infanterie war vom General Bennigen nur unter der Bedingung der Garnison zugetheilt worden, daß das russische Reglement nicht verlehrt würde, nach welchem keine Festung kapituliren durfte, ohne daß sämtliche anwesenden russischen Chefs, Kommandeure und Stabsoffiziere mit ihrer Unterschrift in die Kapitulation gewilligt hätten. Der König hatte diese Klausel dem Gouverneur von Danzig mittheilen und deren Befolgung ausdrücklich befehlen lassen.“ Hiermit waren etwa 18,000 Mann preussischer Truppen unter die Kontrolle von 3000 Mann Russen gestellt, der preussische „Edelmann“ Kalkreuth unter den russischen Knjasen Schtscherbatoff, und wenn etwa eine den Preußen zu günstige Kapitulation abgeschlossen werden konnte, die, bei Aussicht auf einen Separatfrieden zwischen Preußen und Frankreich, Danzig unter preussischem Kommando bleiben ließ, so durften sich die Russen, als slavische Prätexten auf früher polnische Gebiete, kontraktgemäß widersetzen.

Die Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts sprudelt von Thatfachen, die den Beweis für die auf Westeuropa, geradezu auf preussischen Besitz gerichteten Diebstahlsgeüste der Russen liefern. Danzig halten sie bis auf den heiligen Tag für ihnen entwundenes Eigenthum. Ein Vertreter dieser Richtung des russischen Plünderungsgeistes war Kutusoff, der Oberbefehlshaber der Russen, als sie 1812—1813 gegen Europa vortrücken. Wie der russische Lügengeschichtler Michailoffski-Danileffski berichtet — „Byzantiner“ nennen ihn selbst solche borussische Hofhistoriographen wie Drogens — schrieb Kutusoff an seinen Untergeneral, den deutschen Lanzknecht Wittgenstein 1813 beim Einrücken in Preußen, nachdem York die vielberufene Konvention von Taurrogg abgeschlossen hatte: „Sie werden sich auch der Hauptarmee nähern, welche in der Richtung von Posen nach Glogau sich bewegt. Das preussische Korps unter York lassen Sie über die Weichsel gehen und gegen Neustettin vordringen; doch zur Blockirung von Danzig dürfen preussische Truppen nicht gebraucht werden; einige Eskadrons preussischer Kavallerie können Sie zu Ihrer Avantgarde schicken, damit sie sich bei der ersten Gelegenheit mit dem Feinde messen können.“ Danzig sollte sich auf keinen Fall an Preußen zu ergeben haben, die Preußen aber, trotzdem die offizielle Allianz noch nicht verkündet war, jedenfalls gehörig kompromittirt werden. Und solche gemeine Betrugslümmelei ist der „konservative“ Rückhalt der Bismarck und Blücher, welchen die Junker frech anpreisen und die Mittelklassen-Schmerzbände inbrünstig anbeten.

Die Sendung der Kosaken wurde von Rouquette wie Verhöhnung aufgenommen. Er antwortete: „Er wollte sich zwar nach Kräften bemühen, den erhaltenen Auftrag auszuführen, in dessen bedürfe er dazu nothwendig anderer Verstärkungen als Kosaken.“ Diese belanzten Scharaktere sind übrigens ganz verächtliche Gegner. „Vergebens bemühte sich der General Rou-

quette, den Anführer zu einem entschiedenen Angriff auf etwa 60 Mann feindlicher Kavallerie zu bewegen, die dem linken Flügel gegenüber am Strande hielten. Endlich setzte sich der General selbst an die Spitze der Kosaken. Sie folgten, Anfangs in kurzem Trabe, doch als die Franzosen Keht machten, wuchs ihnen der Muth; sie drangen nun, unterstützt durch das Vorgehen der preussischen Schützen und durch das Feuer der halben Batterie, die der General auf dem linken Flügel konzentriert hatte, entschlossen vor. Leider dauerte dies nicht lange; eine einzige Kanonentugel brachte die Kosaken zum Stutzen, gleich darauf zum Umkehren, und nun waren alle Bemühungen, sie wieder zum Stehen und Vorgehen zu bringen, vergeblich.“

Eine nach dem Tisiter Frieden eingesezte Untersuchungskommission, deren Referent der Oberst Bülow war, „der nachmalige General Graf Bülow von Dennewitz“, sprach den General Rouquette von aller Schuld frei, verdamnte dagegen als schuldig am Verluste der Danziger Mehrung: 1) das frühere Gouvernement von Danzig, dem Kalkreuth vorgestanden hatte; 2) den russischen Oberbefehlshaber der verbündeten Armees, d. h. den verlaufenen Säbellumpen Bennigen; 3) „den General Grafen Kalkreuth“. Generalmajor von Höpfer sagt in einer Note: „Dijiziere, welche den General Grafen Kalkreuth näher kannten, behaupteten, er habe den General Rouquette nicht unterstützt, weil derselbe in dem zu seiner Zeit viel besprochenen Streit über den Vorzug der Verwendung zu Dreien oder zu Vieren bei der Kavallerie sein Gegner gemeint sei.“

Nach dem Verluste der Mehrung mußte das russische Oberkommando endlich — wenigstens zum Scheine — auf das Halten Danzigs bedacht sein, der General Kaminski erhielt den Befehl, mit 6600 Mann (5300 Russen und 1300 Preußen) über Pillau und Neufahrwasser den Entschluß zu versuchen. „Die Disposition zum Angriff wurde dem Gouverneur Grafen Kalkreuth mitgetheilt und von ihm genehmigt.“ Punkt 4 bestimmte: „Die Garnison von Danzig macht einen Ausfall aus dem Neugartener Thore mit allen disponiblen Kräften, denen der größte Theil der Kavallerie beizugeben ist. Diese muß sich zu den Entschlußgruppen durchzuschlagen suchen, selbst wenn es der Infanterie der Garnison nicht gelingen sollte, mit denselben in unmittelbare Verbindung zu treten.“ Kalkreuth machte aber keinen Ausfall, und Kaminski, der wohl das Mögliche geleistet hatte, mußte abziehen mit einem Verluste von:

Russen: 14 Offiziere — 422 Mann todt
 41 " — 895 " verwundet
Preußen: 2 " — 42 " todt
 4 " — 110 " verwundet

im Ganzen: 61 Offiziere — 1469 Mann.

Der Gouverneur verteidigte sich „eigenthümlich“, wie Höpfer milde bemerkt, in den folgenden Worten seines Berichts: „er habe nur eine Attaque des Generals Kaminski im Walde bemerkt, welche verunglückte und verunglücken mußte, und ohne die mögliche Hoffnung eines Entschlusses hätte von Seiten der Besatzung kein Ausfall unternommen werden können.“ Obgleich Bazaine von Mac Mahon gar nichts sehen konnte, machte er dennoch am 31. August seinen Ausfall. Schließlich hatte aber Kalkreuth noch die Freiheit, an Kaminski nach Neufahrwasser zu telegraphiren: „Ein Hundstott giebt Danzig, so lange es zu halten; aber ohne Pulver und Menschen unmöglich. Erhält der Gouverneur Beides nicht, so macht er die Herren in Neufahrwasser vor Gott, König und Welt als Staatsverräter verantwortlich, die Danzig retten konnten und nichts thaten.“ „Die Antwort erregte mit Recht großen Unmuth in Neufahrwasser, da man überzeugt war, Alles gethan zu haben, was in Menschenkräften stand, wogegen der Gouverneur Alles unterlassen hatte, wodurch er das Entschlußunternehmen hätte fördern können.“

Während der Schlußverhandlungen Kalkreuths mit Lesevre desertirten aus Danzig mehr als tausend Mann in einigen Nächten, weil sie, wie Höpfer sagt, kein Vertrauen zu dem französischen Versprechen freien Abzugs hatten. Kaminski und seine Russen verließen Neufahrwasser. Die Gemeinen der Garnison Weichselmünde revoltirten und gingen zum Feinde über.

Gemäß der Kapitulation „rückte die Garnison von Danzig mit Waffen und Gepäck, fliegenden Fahnen, klingendem Spiele, brennenden Lanten und 2 bespannten Geschützen nach der Mehrung in folgender Stärke ab:

335 Offiziere, 12,448 Mann, 1275 Pferde, wovon
33 Offiziere, 1034 Mann Russen waren.“

Diese Truppen hatten sich verpflichtet, ein Jahr lang nicht gegen Frankreich und seine Verbündeten zu dienen. Sie marschirten nach Pillau, „um dort fernere Verhaltensbefehle zu erwarten.“ Lesevre wurde zum Herzog von Danzig gemacht. (Fortsetzung folgt.)

Adresse der spanischen Internationalen.

Hier folgt die Uebersetzung der (in der politischen Uebersicht erwähnten) Adresse der Internationalen Spaniens an den dortigen Ministerpräsidenten:

(Aus der Bräufeler „Liberté“)
Internationale Arbeiter-Assoziation.
Spanischer Föderal-Rath.
Bürger Minister!

Die ungerechten Verfolgungen, welche die Internationale Arbeiter-Assoziation nicht bloß in den übrigen Ländern Europas, sondern auch in freier (?) Spanien, einem Lande, das sich schmeichelt, die demokratischste (?) Verfassung der Welt zu haben, zu erdulden hat, zwingen uns, unsere Stimme laut und freimüthig zu erheben.

Die internationale Assoziation der Arbeiter hat es unternommen, in klarer und entscheidender Weise das Problem der ökonomisch-sozialen Emanzipation des Proletariats aufzuwerfen. Diese machtvolle Assoziation bezeichnet den Eintritt der Arbeiter in das Leben der Intelligenz. Ermüdet von der rein materiellen und mechanischen Rolle, welche ihnen in der Gesellschaft zugeheilt ist, haben sie erkannt, daß die sozialen Kategorien und Unterschiede, weit entfernt, in der Natur begründet zu sein, dem einzigen Ursprung, auf den sie sich gründen könnten, nichts sind als Produkte von Irrthümern und Uebereinkommen, welche der Vernunft gegenüber keinerlei Werth haben.

Deshalb protestiren die Proletarier, indem sie sich als Menschen fühlen und verstehen, daß zwischen Ihnen und den günstiger Gestellten keinerlei Unterschied ist, als die Privilegien,

welche den Letzteren beim Eintritt ins Leben zufallen, gegen eine soziale Organisation, welche die Menschen in zwei Gruppen trennt: die Eine Herrin, reich und gebildet, die Andere Sklavinnen elend und unwissend.

Deshalb verlangen die Proletarier, welche die Fortschritte der Wissenschaft sehen, und welche, vom zartesten Alter an mit den mühseligen Arbeiten des Landbaues und der Fabrik beschäftigt, dieser Fortschritte nicht mittheilhaftig werden konnten, ihren legitimen Antheil an der Wissenschaft, welche sie als ein unverfälschtes Erbe betrachten, das auf Dem ruht, was die Arbeit ganzer Generationen geleistet hat und nicht die Arbeit Derer, welche sie ungerechte Weise monopolisiren.

Deshalb endlich fühlen die Proletarier, weil sie sehen, daß man von ihnen den Glauben an ein Dogma verlangt, welches sie in Ermanglung des Unterrichts nicht analysiren können und den Gehorsam einem Geseze gegenüber, das ohne ihr Zuthun von den Privilegirten gemacht wurde, ihre Menschenwürde erniedrigt und sie bereiten sich vor, sie zu erhöhen durch eine Organisation, welche alles zerstört wird, was sich dem Triumph der Gerechtigkeit widersetzt.

Das Recht, welches die Arbeiter haben, ihre vollständige Emanzipation zu verwirklichen, ist auf die Natur selbst gegründet; außerdem daß es natürlich ist, ist es gerecht, und es muß gesetzlich sein, wenn das Gesez nicht ein dem unglücklichen Proletarier ins Gesicht geschleudertes Hohn sein soll.

Wir verstehen wohl, daß es nicht in allen Fällen vollkommen hinreicht, zu behaupten, man erstrebe den Triumph der Gerechtigkeit. Es ist nothwendig, jedesmal zu definiren, was man unter Gerechtigkeit versteht und zu zeigen, wie und mit welchen Mitteln man den Triumph zu erringen hofft.

Das römische Recht, von dem die Gesezgeber der modernen Nationen beeinflusst waren und sind, sagt: „Die Gerechtigkeit besteht darin, Jedem zu geben, was er verdient.“ Wir ziehen absichtlich diese Definition vor, weil sie aus einer bekannten und allgemein anerkannten Quelle fließt.

Aber nun erhebt sich sofort die Frage: Was verdient Jeder? Nach uns hat der Mensch, mag er individuell oder in Beziehung auf seine Gattung betrachtet sein, physische Bedürfnisse und moralische Bedürfnisse. Um die ersten zu befriedigen, hält er sich an die Produktion; um die zweiten — an den Unterricht; mittelst des Unterrichts erleichtert und vermehrt er die Produktion und vermindert mehr und mehr die materielle Anstrengung; durch die Vermehrung und Erleichterung der Produktion, setzt er sich hinwiederum mehr und mehr in günstigere Bedingungen des Unterrichts.

Dies vorausgesetzt, erklären wir: das, was jedem Menschen und allen Menschen geschuldet ist, ist die Freiheit und die Gleichheit; aber verstehen Sie wohl, Bürger Minister, was diese Worte für uns bedeuten; Sie können es verstehen, wenn Sie Ihre Aufmerksamkeit auf das folgende richten: Gleichheit und vollkommene Freiheit zur Entwiklung der menschlichen Fähigkeiten; Gleichheit des Rechtes, um immer und jedesmal die Mittel anzuwenden, welche die Nothwendigkeit der verschiedenen Absichten erfordert, wie sie jeder Mensch und alle Menschen verlangen. In der vollkommenen Harmonie dieser beiden Prinzipien kann man dahin gelangen, unter den Menschen die Brüderlichkeit zu verwirklichen. Dies ist der praktische Sinn dieser erhabenen Formel: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, welche die Geburt ihrer erhabenen Synthese möglich machen wird: die Gerechtigkeit.

Wie Sie verstehen, Bürger Minister, liegt die Bedeutung der Internationalen nicht bloß darin, daß die Arbeiter in der Erkenntniß ihrer Rechte ihre gerechten Bestrebungen formuliren und sich zu ihrer Verwirklichung organisiren. Die alte Aristokratie ist zerstört und der Mittelklasse ist es gelungen, deren Flay einzunehmen und die arbeitende Klasse, das Proletariat, zu ihrem niederen Basallen zu machen, so daß dieses die schwere Last der beiden anderen Klassen auf seine ermüdeten Schultern drücken fühlt: wer sieht nicht oder kann nicht sehen, daß in den Privilegien und Privilegien des Kapitals eine Umwandlung der alten Adels-Feudalität in die kapitalistische Feudalität vor sich gegangen ist; wer sieht nicht, mit Einem Wort, daß diese Letztere in hartnäckiger und, wir dürfen es sagen, verhängnißvoller Weise die Pflichten von den Rechten zu sondern pflegt, indem sie sich die letzteren vorbehält und das ganze Gewicht der ersteren auf die Arbeiter fallen läßt; — das Proletariat, sagen wir, hat in diesem Streben die ungeheure und frevelhafte Blindheit erkannt, welche diese Klasse, gestern unsere Schwestern, heute unsere grimmigste Feindin, irre fährt und hat geglaubt, daß es die absolute Nothwendigkeit gebiete, Jedem zu geben, was man ihm schuldet, nicht mehr, nicht weniger, oder wie wir es selbst formuliren: daß Jeder das integrale Produkt seiner Arbeit erhalte: was in dieser Weise viel klarer ausgedrückt ist, Bürger Minister, weil es etwas ist, das man nicht oft genug wiederholen kann, daß der, welcher konsumiren oder genießen will, die Pflicht hat, in demselben Verhältnis zu produziren, wie er konsumirt.

So wird sich unsere Formel realisiren: Keine Pflichten ohne Rechte, keine Rechte ohne Pflichten, eine Formel, welche die strengste Kritik der Vergangenheit und Gegenwart enthält und das tröstlichste Versprechen für die Zukunft.

Das sind die Bestrebungen der Internationalen, Bürger Minister; darum hat sich die arbeitende Klasse, endlich einmal ihre Interessen und ihr erhabenes Ideal versiehend, unter ihrem Banner geschaart, ohne sich um die Klümmernisse und Gefahren zu kümmern, welche die Verwirklichung dieser Absicht mit sich bringt.

Sagen wir es jetzt: wenn die Internationale die Gerechtigkeit zu realisiren im Begriff ist und sich der Glaube dem entgegenstemmt, so steht die Internationale über dem Gesez. Die Arbeiter haben das unäußerliche, unlängbare Recht, ihre Organisation zu Ende zu führen und ihre Bestrebungen zu verwirklichen. Sie werden es thun mit dem Gesez, oder trotz des Gesezes.

Bis jetzt existirt diese letzte Alternative nicht. Die Geseze Spaniens, durchdrungen von den demokratischen Ideen der Septemberevolution, heiligen die individuellen Rechte und erkennen das Recht der Assoziation an für alle Ziele des menschlichen Lebens, mit der Einschränkung übrigens, daß alle Assoziationen mit der allgemeinen Moral im Einklang stehen müssen und daß ihre Direktion nicht im Ausland ihren Sitz haben

darf. Die Einschränkungen können als wahre Rechtsbeschränkungen betrachtet werden, zunächst, weil das Erstere dem Ermessen der Obrigkeit anheimgestellt ist und weil das Zweite die Affoziationen in die künstlichen Grenzen hineinzwängt, welche die Menschen zwischen den Nationen geschaffen haben; aber sie berühren in nichts die Internationale, weil diese mit der allgemeinen Moral nicht im Widerspreche lebt, denn sie proklamirt im Gegentheil das sittliche Leben, d. h. die Harmonie der menschlichen Beziehungen mit den Gesetzen unserer Mutter Natur, und weil sie andererseits ihre Direktion nicht im Ausland hat, noch haben kann, — weil sie überhaupt keine Direktion hat.

Die Prüfung unserer Statuten, von denen wir ein Exemplar beilegen, wird es Ihnen beweisen und zu gleicher Zeit dazu dienen, den Irrthum zu zerstreuen, worin Sie sich über diesen Punkt noch befinden, in Folge der von einem bekannten Detonomisten in den Cortes abgegebenen Erklärungen, und in Folge des neuerlichen Circulars, das ein zu trauriger Berühmtheit gelangter Staatsmann erlassen hat. Diese Affoziation, eine Feindin des Autoritätsprinzips, ganz besonders gegründet, um dieses zu zerstören, weil sie in ihm die Ursache der Unterdrückung sieht, welche uns verschlingt, und der Ungleichheit, welche uns vernichtet, hat nicht die schamlose Inkonsequenz begangen, dasselbe in ihrem Schooße zu bergen. Unter uns befehlt Niemand und gehorcht Niemand, in dem Sinne, wie ihn der allgemeine Sprachgebrauch diesen beiden Worten beilegt.

Folglich gleicht die Internationale in nichts diesen von der Regierung autorisirten Handels-Gesellschaften, welche in Wahrheit ihre Direktion außerhalb Spaniens haben.

Sie ist ebenso wenig den vom Staat autorisirten und protegirten Kredit-Gesellschaften an die Seite zu stellen, deren wirkliche Direktion auch außerhalb Spaniens ist.

Sie ist endlich nicht mit dieser religiösen vom Staat autorisirten, protegirten und bezahlten Organisation auf Kosten des Gewissens, der Freiheit und der Börse von zahllosen Tausenden von Bürgern zu vergleichen, einer Organisation, welche ihr Direktions-Centrum, eine wahrhafte Macht, auch außerhalb Spaniens hat.

Nein, die spanische Föderation ist im Schooße der Internationalen Affoziation der Arbeiter ebenso frei, wie es Spanien in seinen Beziehungen mit den europäischen Nationen sein kann.

Allerdings, Bürger Minister, wurde die Internationale Affoziation, obgleich sie der Gerechtigkeit und dem Gesetze gemäß organisiert, ist und obgleich sie sich die Erfüllung einer großen sozialen Mission zur Aufgabe gemacht hat, der Gegenstand thörichter Verläumdungen und Verfolgungen in ganz Spanien von Seiten höherer und niederer Beamten unter der Billigung des Ministers, Ihres Vorgängers. An verschiedenen Orten wurden ehrenhafte Bürger ins Gefängniß geworfen, unter mehr oder weniger besonderem Vorwand, aber in Wirklichkeit wegen des einzigen Verbrechens, der Affoziation anzugehören, ohne daß man auch nur beim Vorgehen gegen sie die vom Gesetze vorgeschriebenen Formalitäten erfüllt hätte.

In anderen Orten hat die Obrigkeit die Errichtung unserer lokalen Föderationen verweigert und endlich hat Herr Prozedes Mater Sagasta, bekleidet mit dem Amt des Ministerpräsidenten, in der Erwiderung an einen würdigen Internationalen, Vertreter in den Cortes, welcher ihn über die Autoritätsmißbräuche des Gouverneurs von Barcelona interpellirt hatte, erklärt, daß er die Verbreitung der Ideen der Internationalen nicht erlauben werde. Seit diesem Ereigniß haben sich die Verfolgungen an vielen Orten vermehrt unter mehr oder weniger nichtssagenden Vorwänden und die Industriellen und Kapitalisten, den Gedanken der Obrigkeit unterstützend, hindern den ruhigen Weitergang und die Entwicklung der Internationalen.

Dies darf nicht so fortgehen, Bürger Minister; Sie haben, als Chef des neuen Cabinets, im Angesicht des Landes die Politik der Bestrafung proklamirt; wir, wir ziehen sie vor einer einfältigen politischen Präventive; aber, wie Sie verstehen werden, die Versprechungen genügen uns nicht, wir müssen Weise Ihrer launischen Absichten haben; man hat uns so oft mit Versprechen überhäuft und unsere Enttäuschungen waren so zahlreich, daß wir nicht mehr in der Lage sind, uns damit begnügen zu können.

Die Internationale sucht die Grundlagen dieser aus Sklaven und Herren, Arbeitern und Müßiggängern zusammengesetzten Gesellschaft vollständig zu verändern und sie durch andere zu verdrängen, damit die Arbeit, als alleinige Quelle des Reichthums und der Wohlfahrt der Völker, die soziale Kategorie werde, der alle Menschen zustreben, welche verschmolzen in die einzige Klasse der freien Produzenten, auf der wohlbedauten Erde die ewigen Prinzipien realisiren können, welche die Gerechtigkeit bilden.

Aber wir wissen genugsam, daß sich das weder durch grundlose Unordnungen, noch durch vorübergehende politische Revolutionen verwirklichen kann. Es ist nur die Propaganda und die lebendige Verbreitung unserer Prinzipien, durch die wir die notwendige Einheit der Absichten zu erringen streben, damit ihre Durchführung zur Thatsache in der sozialen Welt werde.

Wir, auch wir verlangen die Ordnung, Bürger Minister, wir lieben sie mehr als Sie, welche sich zu ihren Verteidigern aufwerfen; wir wissen den Preis, den uns die Unordnung zu unserem Unglück kostet! Aber wir weisen die Ordnung der privilegierten Klasse zurück; diese Ordnung ist die Ruhe der Würaber, der bleierne Deckel, welcher auf die Rechte des Volkes geworfen ist, das Reich der Gewalt, welches die starre Bechnunft beherrscht.

Wir halten uns an die Gesetze des Landes, an Gesetze, welche ohne unser Zutun gemacht und verbreitet wurden, die aber in klarer und entscheidender Weise das Recht feststellen, welches wir haben, unsere Ideen frei zu verbreiten. Wenn die Regierung glaubt, daß wir gegen diese Gesetze fehlen und wenn sie folglich das Recht zu haben glaubt, uns bestrafen zu dürfen, so sage sie es frei heraus und erkläre uns als außerhalb des Gesetzes stehend; wenn das Gegentheil der Fall ist, so achte sie und lasse sie achten in öffentlicher und feierlicher Weise die Rechte, welche wir als Bürger einer freien Nation besitzen und in deren Namen wir verlangen, daß die beabsichtigten Verfolgungen unterbleiben, welche unter besonderen Vorwänden, wie wir gesagt haben, in Wirklichkeit aber, weil sie Internationale sind, gegen viele ehrenhafte und fleißige Arbeiter eingelei-

tet werden. Dies ist der einzige Weg, die Verfassung des Staates zu achten und ihr Achtung zu verschaffen.

Diese Garantie, welche wir so rechtmäßig fordern, kann dem Lande die Sicherheit geben, die zu erfüllen Sie Ihrem Versprechen gemäß bereit sind; wenn Sie dieselbe verweigern, so stellen Sie sich in eine Situation, um die Sie Männer von Ehre sicherlich nicht beneiden.

In der Erwartung einer Antwort, Bürger Minister, wünschen wir Ihnen Glück und soziale Emanzipation.

In Uebereinstimmung und im Namen des Föderal-Rathes:
Der Sekretär
Franzisko Mora.

6. August 1871.

Brüssel. Am 20. August hielten — wie die „Liberté“ berichtet — die dortigen Maschinenbauer ein großes Meeting ab, auf dessen Tagesordnung 1) der 10stündige Normalarbeitstog, 2) die Anwerbung von Arbeitern fürs Ausland stand. Als Gäste und zugleich Redner waren anwesend, für den ersten Punkt der Tagesordnung: Vonhomme, Delegirter von Berviers — wo die Maschinenbauer den 10stündigen Normalarbeitstog bereits erlangt haben und die Weber, sowie die Bauarbeiter gleichfalls für denselben agitiren — für den zweiten Punkt der Tagesordnung: Cohn, Delegirter der englischen Maschinenbauersaffoziation. Es sprachen außer den Genannten: Pierron, Brismée Hins, Dumez und Flohaut und dann nahm die Versammlung folgende Resolution an:

„In Erwägung, daß die gegenwärtige Arbeitszeit der Maschinenbauer von 11, 12 und 13 Stunden der Gesundheit der Arbeiter nachtheilig ist; daß sie das Familienleben zerstört, indem sie es für das Haupt der Familie unmöglich macht; daß sie überdies jede geistige Entwicklung bei ihm untergräbt und die Herrschaft des Kapitals durch die Verkümmern des Proletariats befestigt;

„In Erwägung, daß sie die absolute Negation jeder Solidarität zwischen den Arbeitern ist; daß sie eine große Anzahl von Arbeitern zum Feiern verdammt, welche infolge dessen gezwungen sind, ihre Arbeit zu niedrigem Preise anzubieten und den bereits angestellten Arbeitern eine unloyale, inhumane Konkurrenz zu machen — was eine beständige Ursache zum Herabsinken des Lohnes ist;

„In Erwägung, daß die Macht, die Dauer des Arbeitstages zu verlängern, unter den Händen der Arbeitgeber aller industriellen Nationen ein verhängnisvolles Konkurrenzmittel ist; daß sie, um möglichst viel Vortheil zu erpressen, in jedem Lande dahin streben, nach und nach die Arbeiter zu einer übermäßigen Arbeit zu verdammen, ohne daß sie jemals deren wirklichen Lohn merklich oder dauernd erhöhen, und indem sie immer die Arbeiter einer andern Nation eines Theils ihrer Arbeit berauben;

„In Erwägung, daß sie weiter zur Folge hat, die Industrie immer unbeständiger zu machen und das Recht auf Arbeit in eine Gnadenbewilligung seitens der mächtigsten Arbeitgeber an einen bevorzugten Theil der Arbeiter zu verwandeln;

„In Erwägung, daß der wichtigste Ausgangspunkt einer Bewegung zu Gunsten der Verkürzung der Arbeitszeit das Zusammengehen aller Maschinenbauer ist — mögen sie in Arbeit sein oder nicht;

Beschließt die Versammlung:
„Daß es nothwendig, billig und den Prinzipien der Solidarität entsprechend ist, daß die gegenwärtige Arbeitszeit auf 10 Stunden beschränkt werde.

Weiter beschloß man, Alles zu thun, um den Zuzug belgischer Maschinenbauer nach England abzuhalten.

Aus der Redaktion der „Staatsbürger-Zeitung“ erhielten wir am 19. d. M. folgendes lustige Schreiben:

„An die Redaktion der „Volksstaat“ in Leipzig.

„Ich habe in der Schweiz die Erfahrung gemacht, daß in dieser faulen Republik die Bourgeoisie, das Pfaffen- und Geizhackerthum, kurz die Reaktion weit mehr vorherrschend sind als in Preußen. Infolge dieser Enttäuschung zog ich meine bewährte Broschüre „aus dem Buchhandel zurück und fragte bei der deutschen Gesandtschaft an, ob ich unbehelligt nach Deutschland zurückkehren könne. Da mir dies bejaht wurde, so begab ich mich hierher. Wer mich infolgedessen für einen agent provocateur halten will, dem erlaube ich mir für einen unverbesserlichen — Esel zu halten. Halten Sie es nun, wie Sie wollen.“
Dr. Gb. Löwenthal.

Nä. Daß unsere „Staatsbürger-Zeitung“ nicht ein offizielles, sondern das selbstständigste und radikalste Blatt Berlins ist, kann Ihnen jeder Berliner bestätigen.

(Also wer Herr Dr. Löwenthal nicht für einen ehrlichen Mann hält, der ist ein — Esel. Herr Stieber (der Originalstieber) ist etwas weniger grob; in einem köstlichen Brief, den wir unsern Lesern nächstens vorlegen werden, begnügte er sich, Jeden, der an der Tugend und demokratischen Gesinnung — Stieber's zweifelt, für einen Dummkopf zu erklären.)

Leipzig. Eine Lüge und ihre Abfertigung. — Die Bismarcksche „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ läßt sich „aus Leipzig“ von einem beliebigen Blum oder Leonhardt schreiben:

„Aus den jüngsten Verhandlungen des sozialdemokratischen Kongresses in Dresden ging unter anderem, wenn auch in etwas verkümmertem Maße, hervor, daß die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“ in arge Differenzen mit dem Drucker desselben, einem gewissen Thiele, gerathen sind. Der letztere erhält an rüchständigen Druckkosten das Summen von 2000 Thln. und besteht auf baldigster Bezahlung, wozu Hr. Bebel sammt seinem engem Anhangem keine Reue zeigt. In solchen Dingen hört, wie es scheint, auch die sozialdemokratische Brüderlichkeit auf; wenigstens erklärte Hr. Bebel, als die Sache im Kongress zur Sprache kam, ganz naiv, man habe es nicht mit dem „Parteigenossen“, sondern mit dem „Unternehmer“, also „Bourgeois“ Thiele zu thun.“

Natürlich in allem Wesentlichen erlogen! Dem Leipziger Lokalblatt, das die Bragiade zuerst abdruckte, ging folgende Erklärung zu:

„Ihr Blatt druckte in seiner heutigen Nummer aus dem Organ Bismarcks, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, eine Notiz ab, wonach es auf dem Kongress der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zwischen der Redaktion und Expedition einerseits und dem Drucker des „Volksstaat“, Herrn Thiele, andererseits, um „argen Differenzen“ gekommen sei, weil wir uns weigerten, die angeblich 2000 Thlr. betragenden Druckkosten zu bezahlen. Das Ganze ist eine Verleumdung. Der Kongress beschloß die Errichtung einer eigenen Gewerkschaftsdruckerei; hierauf beantragte Herr Thiele, daß, wenn das Unternehmen zu Stande komme, der Kongress zunächst für Deckung seiner Forderungen sorgen wolle, die, brislanzig bemerkt, nicht 2000 Thaler, sondern 1500 Thlr. betragen. Ich erklärte hierauf, daß Thiele, mit dem wir

hier als Unternehmer, nicht als Parteigenosse zu verhandeln hätten, selbstverständlich sein Geld bei Heller und Pfennig erhalten müsse, daß aber über die Modalitäten der Zahlungen sich zu verständigigen, nicht Sache des Kongresses, sondern Sache der Organe der Partei (Auschuß, Redaktion und Expedition) sei. Damit war die Sache erledigt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ scheint zu glauben, daß die Sozialisten nach ähnlichen Grundsatzen verfahren, wie ihre Freunde, die Herren Stroußberg und Consorten, welche Schulden machen in die Millionen, Versprechungen vorschwindeln und schließlich die Gläubiger um ihr Geld betrügen; allein hierin irrt sie sich.
A. Bebel.

„Obige Darlegung des Sachverhalts behältigt als der Wahrheit gemäß
Leipzig, 25. August 1871.“

Gewerkschaftliches vom Kongress.

Am Dienstag den 15. traten nach Schluß des Partei-Kongresses die anwesenden Delegirten und Vertrauensmänner der Gewerkschafts-Verwaltungen unter dem Vorh von York zusammen, um über die Grundlagen der Agitation zur Ausbreitung und Kräftigung der bestehenden Gewerkschaften einerseits, so wie über Mittel und Wege zur Gründung einer Gewerkschafts-Union andererseits zu beraten.

Außer York (Holzarbeiter) waren beauftragt an der Konferenz Theil zu nehmen: von dem Auschuß der Metallarbeiter Reichell (Hannover), von dem Auschuß der Manufaktur- und Fabrikarbeiter Motzler (Grimmischau); von dem Auschuß der Bauarbeiter Müller und Gebler (Dresden) und von dem Auschuß der Schuhmacher Ulrich (Leipzig).

Als Referent beauftragte Bremer (Magdeburg) eine nach Gewerkschaftssektionen geregelte Centralisation an allen Orten. Von allen Delegirten wurde übrigens die Nothwendigkeit einer Central-Organisation für die Gewerkschaften hervorgehoben, und nur über die Frage der praktischen Ausführung gingen die Ansichten nach zwei Richtungen auseinander. Während von Gabriel und Stelzer zur endgültigen Regelung ein besonderer Gewerkschafts-Kongress für nothwendig erachtet wurde, entschied schließlich die Versammlung auf Antrag von Bebel: „daß die anwesenden Vertreter der Gewerkschafts-Verwaltungen als Commission zur Ausarbeitung eines Organisations-Entwurfes der Gewerkschafts-Union ernannt, und verpflichtet werden, diesen Entwurf der Diskussion und Urabstimmung zu unterbreiten.“

Von dieser Commission wurde Unterzeichneter mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt, und sind an ihn alle auf die Einrichtung einer Central-Organisation bezüglichen Vorschläge so wie die Statuten der einzelnen Gewerkschaften einzusenden.

Th. York, Schulweg 23. St. Georg. Hamburg.

Berlin. Nachdem am Donnerstag Vormittag im Konzerthause eine Vorversammlung der selbstständigen Tischlermeister stattgefunden, fand am Nachmittage im Saale des Schützenhauses eine beschließende Versammlung statt, zu der wohl sämtliche hiesige Meister sich eingefunden hatten, denn der Saal mit seinen Gallerien, die Vorzimmer und der Garten waren dicht gedrängt voll, so daß wohl mehr als tausend Meister anwesend waren. Der Altmeister Eberhard eröffnete und leitete die Verhandlungen, in welchen zunächst die Fragen erörtert werden sollten: „Ist die Forderung der Gesellen gerechtfertigt, und sind wir in der Lage, dieselbe zu bewilligen?“ Ohne indessen auf diese Frage näher einzugehen, wurde das im Konzerthause aufgestellte Programm den Verhandlungen zu Grunde gelegt und dasselbe nach unbedeutenden Debatten auch einstimmig genehmigt. Es lautet: „Die heutige Versammlung der Tischlermeister betrachtet die Angelegenheit der überwiegenden Mehrheit der Gesellen für eine unangelegliche (!) Handlung und hat sich gegenständig zu nächst dem Programm vereinigt, so daß ein jeder der unterzeichneten Meister sich auf Wort und Unterschrift verpflichtet, nur auf Grund der nachstehenden drei Paragraphen weiter arbeiten zu lassen: § 1. Das Hauptprinzip bei Festsetzung der Lohnsätze zwischen Meister und Gesellen ist die Accord-Arbeit und bleibt diese der gegenseitigen Vereinbarung vorbehalten. § 2. Wenn Tagelohnarbeiten nicht zu umgehen sind, so soll, wie bisher, der Durchschnitt der vorhergehenden Accordarbeiten maßgebend sein. § 3. Die Arbeitszeit, während welcher in den Werkstätten gearbeitet wird, hat von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends stattzufinden.“

So berichtet die „Volkszeitung“ vom 27. August, welche sich nicht schämt, wieder in den „verächtlichen Geist der Meister“ zu rühren, trotzdem dieselben die Streikes für eine „ungelegliche“ Handlung erklären. Diese Hottentotten schmen in der That von der Existenz und dem Wesen eines Koalitionsbundes und vergleichen nicht die blasseste Annonce zu haben; sonst könnten sie unmöglich einen so blühenden Unian in Form einer denunziatorischen Resolution zu Tage fördern, welcher selbst den carrierelustigsten und grimmigsten Staatsanwalt zum Lachen zwingen müßte. Eine Versammlung von „mehr als tausend Meister“ in volkster Unkenntniß über die einfachsten Staatsgesetze — ist das nicht ein erbauliches Zeichen von „der Bildung der Bourgeoisie“ in der „Hauptstadt der Intelligenz“? — Die unverbesserten Tischlergesellen haben beschloßen, Montag am 28. August Berlin zu verlassen.

Eine Resolution, welche am 21. August von den hiesigen vereinigte Bau-, Maurer- und Zimmerermeister zu Gunsten der Tischlermeister angenommen wurde, sei noch nachträglich erwähnt. Sie lautet:

„In Erwägung 1) daß die Art und Weise, in welcher die Streikes oder Streikandrohungen in den verschiedenen Zweigen des Baugewerkes in letzter Zeit aufgetreten sind, unzweifelhaft darauf schließen lassen, daß dieselben nicht Nothständen, sondern sozialistischen Umtrieben ihr Entstehen verdanken. 2) daß dem planmäßigen Vorgehen der Streiksagitationen in den verschiedenen Zweigen des Baugewerkes nur durch ein ebenso geordnetes Zusammengehen der Meisterschaft ein wirksamer Damm entgegengestellt werden kann, beschließt die heutige Versammlung der Bau-, Maurer- und Zimmermeister Berlins und Umgegend, nach allen Kräften zur Meisterschaft der Tischler zu halten, falls sich dieselbe willkürlichen, unberechtigten Forderungen ihrer Gesellen gegenüber demnach in die Lage gedrängt sehen sollten, denselben mit vereinten Kräften Widerstand zu leisten, — sie beschließt namentlich den Tischlermeistern, welche ihnen gegenüber zu Versicherungen verpflichtet sind, eine entsprechende Verlängerung der Termine zu gewähren oder event. ihren Einfluß aufzubieten, daß ihnen solche von den Bauherren verweigert werden.“

Lange, Vorsitzender des Meisterschafts-Komitees ist aus der Unterzeichnungspflicht entlassen — 4 Wochen brauchte also das Gericht, um die dem Verhafteten unterthobene Redensart als eine lägenhafte Denunziation zu erkennen.

Der Streik in der Norddeutschen Maschinenfabrik ist beendet, dadurch, daß die Mehrzahl der Streikenden nach England ausgewandert, und ein Theil wieder in die Werkstätte eingetreten ist. (Wir wollen hoffen, daß was über die Auswanderung der Mehrzahl nach England d. h. nach Newcastle gesagt ist, sich nicht bestätigen möge. Wir lesen zwar im „Neuen Sozialdemokrat“, über tausend Berliner Arbeiter hätten sich dem englischen Sklavenhändlern verkauft, allein zur Ehre unserer deutschen Arbeiter wollen wir annehmen, daß dies nur ein solches Gerücht ist. Red. d. B.)

Aus Barmen, den 26. August, geht uns folgender Aufruf zu: Metallarbeiter aller Länder!

Wenn wir bis jetzt von einem allgemeinen Aufruf zu unserer materiellen Unterstützung Abstand genommen haben, so geschah dieses lediglich aus dem Grund, daß wir glaubten, der Kampf würde daher nicht so lange dauern, sondern bald beendet sein, so daß wir uns mit der hiesigen Hilfe begnügen könnten. Leider sind wir in beiden Hoffnungen getäuscht worden. Seit 4 Wochen sind wir hier in dem allerernsten Kampfe für unsere gerechtesten Forderungen gegenüber der Kapitalmacht begriffen und haben in dieser Beziehung gereigt, daß wir trotz aller Maßregeln es verstehen, einig zu sein und alles anzubieten, was uns zum Siege führen muß. Die Unterstüngen von hier sind nicht in dem erwarteten Maße ausgefallen; einigen Orten haben wir die kräftigsten Unterstüngen zu danken, doch was ist diese bei der großen Anzahl, welche unterstützt werden muß? Wir wenden uns daher in diesem Augenblick an Euch, Metallarbeiter aller Länder und aller Branchen, sendet schnelle Hülfel! Es möchte sonst zu spät sein. J. A. Irming, Schriftführer. Geldsendungen sind an Julius Schmidt, Oberdenkmalstraße Nr. 88, Barmen, zu senden.

*) „Das preussische Bülterdressur-System.“

Fortsetzung von Seite 1.

In einer spätern Pariser Korrespondenz desselben Blattes (vom 22. August) wird über den Prozeß Folgendes gesagt: „Der Gemeinderath von Bordeaux hat mit großer Mehrheit eine Petition um die Amnestirung der Pariser Kommune votirt. In dem Prozeß gegen die Mitglieder der Kommune stehen sowohl die Anklage als die Angeklagten (Ein Theil derselben) tief unter der Größe des Ereignisses, so daß dieser letzte Akt des Trauerspiels, der Volkstragödie, kleinlich (!) und erbärmlich (!) wird. Es befanden sich hinter der Kommune Individuen, bonapartistische Banditen und sonstige Agenten, welche die Unternehmung und die Anklage aus dem Dunkel und dem Hintergrund der Ereignisse nicht zu ziehen vermochten (? wollten). Alle Gemeinplätze der Anklage und der Gesellschaftsrichter richten sich gegen die Londoner Internationale. Aber es ergibt sich aus der Unternehmung, daß im Centralcomitee von sechsunddreißig Mitgliedern nur zwei und in der Kommune von achtzig Mitgliedern nur sieben der Internationale angehörten. Diese neunzehn Mitglieder der Internationale bewahrten eine gemäßigte, fast reaktionäre (!) Haltung und thaten Nichts, um ihre Ideen gewalttham zu verwirklichen. (Als weil sie keine „Mordbrenner“ sind, sind sie „fast reaktionär“.) Die Unternehmung und die Anklage bringen nicht den geringsten Beweis einer unmittelbaren Intervention der Internationale bei. Die Repressalien der Verurtheilung sind das Werk von etwa hundert Bösewichtern, welche ganz anderen Eingebungen und Instruktionen, als denen der Internationale, folgten. Hierüber bleiben Unternehmung und Anklage jede Aufklärung schuldig. Darum hält sich der Prozeß ohne Charakter und ohne geschichtliches Gepräge auf der Oberfläche der Ereignisse.“

Die sozialistische Bewegung in Spanien, — wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben, — ist tiefergehend (?) und mehr verbreitet (?) als in andern europäischen Ländern und es tritt die Internationale, in der sich diese Strömung zum Theil konzentriert, dort offener auf, als anderwärts. Der Bundesrath der spanischen Sektion dieser Gesellschaft hat soeben an den Staatsminister unter der Form einer von ihrem Sekretär Francisco Mora unterzeichneten Petition einen langen Brief gerichtet, in der sie ihre Zwecke darlegt und die Erklärung abgibt, daß sie dem Principe der Autorität feindlich gesinnt, ja hauptsächlich zu dessen Bekämpfung gegründet sei. Das Schreiben besagt sich bitter über Verfolgung und Verleumdung, der die Internationale in Spanien ausgesetzt sei und erinnert Borilla daran, daß er das Princip der Prävention verworfen und lediglich das System nachträglicher Repression proklamirt habe. Die Internationale wünsche die Ordnung, aber nicht die von einer privilegierten Klasse octroyirte. Das Schreiben endet mit dem Satz: „Die Regierung glaubt, daß wir das Gesetz brächen. Wenn sie meint, das Recht zu unserer Verfolgung zu haben, möge sie es offen sagen und uns außerhalb des Gesetzes erklären. Wenn nicht, so achte sie das Bürgerrecht einer freien Nation und verschaffe demselben allerwärts öffentliche und vollständige Achtung.“

Bom Berliner Polizeipräsidenten v. Wurmb ist den Berliner Blättern, welche die Notiz über die Vermehrung der Polizeimannschaften und die Repressivmaßregeln gegen am 1. Oktober zu erwartende Aufrührungen u. gebracht haben, folgendes Dementi zugegangen:

„Die Notiz, daß zur Verhütung von Aufrührungen, welche in Folge des Wohnungswechsels im Oktober eintreten könnten, eine Reihe von Maßregeln, insbesondere die Aufstellung von Doppelposten an die Straßenkreuzungen, die Verstärkung der nächsten Patrouillen, und die Heranziehung von Militär aus den benachbarten Garnisonen angeordnet worden sei, erkläre sich hierdurch ihrem ganzen Umfange nach als aus der Luft gegriffen.“

Wohlweislich dementirt der Polizeipräsident nicht die Nachricht von der Vermehrung der Polizeimannschaften überhaupt, sondern nur die Nachricht von der Verstärkung der nächsten Patrouillen, sowie den den fraglichen Maßregeln beigelegten Grund („Verhütung von Aufrührungen beim Quartalswechsel“). Die Berliner Blätter halten denn auch, zum Theil trotz, zum Theil infolge dieses „Dementis“, ihre früher gebrachte Mittheilung von der Vermehrung der Schutzmannschaft um 500 Mann aufrecht und überlassen es stillschweigend dem Urtheile des Publikums, ob diese Maßregel wohl einen andern Entstehungsgrund haben könne, als den vom Polizeipräsidenten demüthigten. — Vom 2—4. September findet in München ein allgemeine deutsche Polizeikonferenz statt.

Tagesordnung: „Das Nationalzuchtthaus und die gemeinsame Peitsche.“

Am Sonnabend Abends 3 Uhr wurde Most in Chemnitz verhaftet. Ueber den Grund ist uns bei Schluß der Redaktion noch nichts bekannt. Jedenfalls hat die Biedermann'sche Denunziation sich auf ein zweites Mal wirksam erwiesen. Um das häßliche Fremdwort „denunziren“ zu vermeiden, werden wir künftig sagen: Biedermänner. Der Fortbestand der „Freien Presse“ ist nicht gefährdet.

Im Lauf der verflossenen Woche — den Tag hat man uns zu nennen versäumt — ist Parteigenosse Lehmann in Koblitz verhaftet worden und zwar wegen Verbreitung des bekannten Wahlaufsatzes, der während der Wahlagitiation des Frühjahrs schon zu mehrfachen Verfolgungen Anlaß lieferte, ohne jedoch den betreffenden Herrn Staatsanwälten bis dato eine wirklich greifbare Handhabe geboten zu haben. Daß man in einer so geringfügigen Sache — und noch dazu fast ein halbes Jahr nach Begehung der angeblichen Ungeheuerlichkeit zur Verhängung der Präventivhaft schreiten konnte, hätten wir für unmöglich gehalten, lautete unsere Information nicht so positiv und wären wir nicht durch die Erfahrung belehrt worden, daß in Sachsen Alles möglich!

Kuerbach, 27. August 1871. Die gestern hier stattgehabte Volksversammlung ist in jeder Hinsicht zufriedenstellend verlaufen. Von polizeilichen Schwierigkeiten, Verbot der Debatte oder dergleichen, war keine Rede. Bracke.

Leipzig. Parteigenosse Imhof ist nicht, wie erwartet

wurde, nach Erfurt ausgeliefert worden, sondern hat seine Strafe, 3 Monate Gefängniß, in Halle abzusitzen.

Warnung aus Hof.

Die Direktion der hiesigen Altenspinnerei beabsichtigt, dem Vernehmen nach, ca. 50 Spinner und Anseher zu entlassen und dafür Arbeiter aus Böhmen und dem Allgäu einzuführen. Etwasigen großen Versprechungen gegenüber theilen wir mit, daß Spinner hier 5 Gulden, Anseher 2 1/2 Gulden wöchentlich verdienen bei 12stündiger Arbeitszeit und schlechter Behandlung. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Internationale Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

Folgende Neuwahlen sind seit 1871 bekannt gegeben: **Oldenwalde:** J. Hefinger, Bevollmächtigter (Poststraße 56); W. Erhardt, Beitragsammler (Heidestraße 19); P. Dreßler, Kontrolleur (Treuendrienerstraße 100); Wandergeld wo?! — **Basel:** G. Schürman, Bevollmächtigter (Schneidergasse 12); G. Götter, Baumann, Beitragsammler (Webergasse 28); Hans Georg Fren, Kontrolleur und Schriftführer; Wandergeld wo?! — **Brodau bei Reghslau:** Joh. Hartmann, Bevollmächtigter; J. Ch. Lorber, Weber, Kontrolleur; Gust. Trögel, *) Weber, Beitragsammler; Wandergeld wo?! — **Neudorf bei Greiz:** Louis Simon, Webermeister und Restaurateur, Bevollmächtigter; Ferd. Reinhold, Feldhausbesitzer, Beitragsammler; Friedrich August Richter, Kontrolleur; Wandergeld wo?! — **Großenhain i. S.:** Wilh. Günther, Tuchmacher, Bevollmächtigter (Amalienallee 563); Rob. Straßburger, Beitragsammler (Amalienallee 560); Jul. Zimmermann, Kontrolleur (Marienallee 706); Wandergeld bei Günther von Mittags 12—1 und Abends von 7 Uhr an. — **Sobenstein-Ernstthal i. S.:** Jul. Seifert, Bevollmächtigter (Webergasse 302); Louis Böhm, Beitragsammler (Dresdenerstraße 99); Herm. Wilschelm, Kontrolleur (in Ernstthal); Wandergeld wo?! — **Bernsdorf bei Glauchau:** Ferd. Fidenwirth, Bevollmächtigter; Carl Schilbbach, Beitragsammler; Hugo Rathmann, Kontrolleur; Wandergeld bei Fidenwirth von Mittags 1 1/2—3 Uhr. — **Braunschwieg:** G. Walter, Bevollmächtigter (Bliesmaroberweg 35); A. Henke, Beitragsammler; G. Knes, Kontrolleur; Wandergeld wo?! — **Bersfeld in Kurheßen:** Georg Wolff, Bevollmächtigter; Beitragsammler und Kontrolleur Ber?; Wandergeld bei Carl Stern, Tuchmachergeselle im Steingraben 345. — **Chemnitz:** Th. Clemens Bachmann, Bevollmächtigter (Baulandstraße 740); Beitragsammler, Kontrolleur, Wandergeld?? — **Ronneburg i. S.:** Eduard Glaser, Bevollmächtigter (Geraergasse); Aug. Schumann, Beitragsammler (auf der Wieße); Carl Schmidt, Kontrolleur und Schriftführer (Marktstraße); Wandergeld wo?! — **Neerane i. S.:** Aug. Söllner, Bevollmächtigter (Eilenstraße 496); Gust. Krause, Kontrolleur (Bahnhofstraße); Valentin Lautert, Beitragsammler (Rosenthal 283); Wandergeld wo?! — **Oberfroha bei Chemnitz:** Ernst Jul. Bauch, Bevollmächtigter; Reinhard Pester, Beitragsammler; Rob. Weiße, Kontrolleur; Wandergeld wo?! Die sämmtlichen Mitgliedschaften werden abermals aufgefordert, Nachrich zu geben und alle Bevollmächtigten auf unsere demnächstigen Kreuzbandenungen ausdrücklich aufmerksam gemacht. Mit nächstem müssen wir die sämmtlichen Orte namhaft machen, damit unsere Reorganisation endlich vollendet werden kann. Grimnitzschau, den 24. August 1871. Für die Borortsvorwaltung: J. Rotteler, i. B. I. Vorsitzender.

Internationale Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Leipzig, den 23. August. Gestern Abend fand in der Restauration von Göß eine Versammlung der Stielmacher Leipzigs und Umgegend statt. Dieselbe war ziemlich stark besucht. Auf ihrer Tagesordnung stand: „Der Sieg der Berliner Stielmacher und die Organisation für die Zukunft.“

Angeregt war die Versammlung durch ein Schreiben der Berliner Stielmacher, welche anforderten, einem neu zu gründenden Vereine beizutreten.

Der Bevollmächtigte der Internationalen Gewerkschaft der Holzarbeiter, Steitzer, sowie einige Stielmacher, welche ebenfalls dieser Gewerkschaft angehören, legten den versammelten Stielmachern die Prinzipien der Holzarbeitergewerkschaft aus und zeigten ihnen, daß es unzweckmäßig sei, einen neuen Verein zu gründen, indem die Gewerkschaft der Holzarbeiter doch viel mehr bieten und leisten kann, als ein neu zu gründender Verein der deutschen Stielmacher. Die Versammlung nahm demnach folgende Resolution an:

„Die versammelten Stielmacher Leipzigs begreifen mit Freuden den Erfolg, welchen ihre Berliner Kollegen in dem schweren Kampfe errungen haben. Sie halten es jedoch für ihre Pflicht, von der Neubildung eines Vereins abzusehen und sich als Sektion der Stielmacher der Gewerkschaft der Holzarbeiter anzuschließen, indem diese Gewerkschaft dasselbe bietet, ja noch weiter geht, als was ihre Berliner Kollegen als ihr Programm aufstellen. Ihre Kollegen werden zugeben, daß die Stielmacher kleinerer Städte, ihrer Minderzahl zufolge, nicht im Stande sind, einen Verein der Stielmacher zu gründen, wohl aber sich der Gewerkschaft der Holzarbeiter anschließen, oder, wo keine Mitgliedschaften vorhanden sind, solche gründen können. Diese Resolution wurde mit allen gegen Eine Stimme angenommen. Bruno Schrader, Schriftführer.“

Berlin, 26. August. (Zum Maurer-Strike.) Sechs volle Wochen sind dahin! Sechs Wochen stehen die Maurer Berlins im Kampf um den Normalarbeitstag. Die Arbeiter Deutschlands haben uns als Pioniere bezeichnet und mit Recht; wir haben als Vorkämpfer unsere volle Schuldigkeit bis jetzt gethan und werden es auch femer thun, sobald sich die Gegner erlauben, an dem bereits Zugelandenen nur im „Berengiren“ zu rütteln, selbst wenn man noch so viel Machinationen anwendet. So hat man z. B. Soldaten zur Maurerarbeit kommandirt und Maurer aus Burg in Potsdam einquartirt, welche äglsch zur Arbeit und wieder zur Schlafstelle per Geiztag zwischen Berlin und Potsdam befördert werden. Wir warten es ruhig ab und lassen uns durch Nichts beirren oder erschrecken. Das bewies heute der Fall, daß ein Bief anlangte, worin ein Maurermeister in Curhaven 40 Maurer und 40 Handlanger bei 1 Uhr, 10 Sgr. Lohn verlangte, und doch Niemand daran dachte, Berlin den Rücken zu kehren. Der Geist ist und bleibt ein guter. Täglich hört man die Marxellaise vor Beginn der Versammlung erschallen. Wir fühlen uns wiederum verpflichtet, den Partei- und Berufsgegnern in Alsdorf, Altona, Bredlau, Bielefeld, Bremen, Braunschwieg, Charlottenburg, Celle, Köln, Götting, Düsseldorf, Dresden, Duisburg, Egeln, Frankfurt, Frankfurt a. O., Friedrichshagen, Gladbach, Hamburg, Hannover, Harburg, Havelberg, Halle, Ipehoe, Kiel, Ludenwalde, Lüneburg, Landsberg a. B., Minden, München, Mannheim, Neumünster, Raumburg a. S., Pinnerberg, Prenzlau, Rigaebüttel, Koblenz, Schneid a. O., Spandau, Schwerin, Torgau, Trieben a. O. und Wandsbeck unsere tiefgefühlten Dank zu sagen für die kräftige Beisteuer zur Unterstützung der zahlreichen Familienwäter. Treten sie in denselben Kampf ein, so werden wir ebenfalls ihre Sache zu der unsrigen machen. Mit sozialdemokratischem Gruß Sievert. (Neuer Sozialdemokrat.)

Reichenberg, Böhmen 23. August. Ich bin beauftragt, zu berichten, daß der Strife der Metallarbeiter beendet ist — aber frage mich nur nicht wie? (Heine) — hingegen der der Kammseher fortbauert. Daß der Strife der Metallarbeiter nicht ganz, sondern nur theilweise, zu Gunsten der Arbeiter ausfiel, daran ist einzig und allein die „unsterbliche Obitin mit dem gebiegenen Beut vor dem Kopfe.“ Dummheit und zwar Dummheit der Arbeiter Schuld. Den Metallarbeitern bei Herrn Vogelgesang wäre wirklich dringend zu rathen, loyale Christen, so z. B. den jeden Samstag erscheinenden „Volkswillen“ zu lesen, und sich so bald als möglich dem Fachverein anzuschließen, damit sie sich über die Arbeiterbewegung und die Breinssache Klarheit verschaffen. Es ist recht traurig, wenn sich Arbeiter

ihren Arbeitsgebern überdrehen, verdummen und einschüchtern lassen, und es ist die höchste Zeit zur Umkehr, wenn ihr nicht in dem Sumpf der Unwissenheit verkommen wollt.

Berlin, den 26. August 1871. (Proskriptionslinien des Kapitals.) Soeben erhalten wir von befreundeter Hand ein Circular, welches der Vorstand des seit Beginn des Strifes der hiesigen Metallarbeiter ins Leben getretenen Maschinen-Fabrikanten-Vereins an die Industriellen der Umgegend abzusenden im Begriff steht: Barmen, den 26. August 1871. P. P. In den letzten Wochen haben viele der strikenden und wegen Be-theiligung am Strife entlassenen Arbeiter Beschäftigung erhalten und zwar zum Theil in Geschäften, deren Inhaber uns ihre Unterstützung zugesagt hatten. Genauere Erkundigungen haben ergeben, daß die Arbeiter, um Beschäftigung zu erhalten, folgende Wege einschlugen: 1) Die unlängst vom Militär entlassenen Arbeiter geben an, seit ihrer Heimkehr noch nicht gearbeitet zu haben. 2) Die nur kurze Zeit in Barmen beschäftigt gewesen Arbeiter zeigen ihre früheren Entlassungsscheine vor und behaupten, seitdem geieert zu haben. 3) Viele Arbeiter haben für geringen Lohn oder umsonst in kleinen Werkstätten oder gar auf dem Lande bei Gärtnern u. gearbeitet, um ein neues Zeugniß zu erhalten. 4) Scheint es sogar, als wenn falsche Zeugnisse angefertigt werden. Da Sie mit uns der Meinung sein werden, daß es zur Bekämpfung nicht nur des jetzigen hiesigen Strifes, sondern auch zur Verhinderung resp. Bekämpfung jedes später beabsichtigten Strifes in unserer ganzen Gegend von großer Wichtigkeit sein wird, daß die Arbeiter erfahren, daß die Arbeitgeber sich gegen-seitig thätkräftig zu unterstützen gewillt sind, so werden Sie gern bereit sein, unsere Bitte zu erfüllen, die Namen der seit Ende Juli bei Ihnen in Arbeit getretenen Arbeiter mit der beikommandirten Arbeiterliste zu vergleichen und die etwa darin aufgeführten Arbeiter gefälligst sofort zu entlassen. Sobann eruchen wir Sie, gefälligst Kenntniß von dem Verzeich-niß der Firmen zu nehmen, die uns zu unterstützen bereit sind und die Ihnen bekannten nicht verzeichneten Firmen Ihrer Gegend gütigst veranlassen zu wollen, uns zu unterstützen und ihre Arbeiter ebenso zu revidiren und die betreffenden Arbeiter zu entlassen. Ueber den Verlauf des Strifes werden wir Ihnen seiner Zeit noch Mittheilung machen und bemerken nur noch, daß wir fest entschlossen sind, unseren Arbeitern in keiner Weise nachzugeben. Sie können überzeugt sein, daß unser Verein Ihnen event. Falls freudig dieselben Dienste leisten wird, die wir heute von Ihnen er-bitten und zeichnen hochachtungsvoll Der Vorstand des Maschinen-Fabrikanten-Vereins. A. A. S. Blecher. Magdeburg. 2 Mitglieder des Strife-Komitee's, Sauer und Fischer sind verhaftet worden. Brodau. (Ein Renegat). In unserm Versammlungs-Verein freute man sich nach der Reichstagswahl über den Sieg unsers Candidaten Brack am hiesigen Orte, als der Arbeiter und Kassensammler Friedrich Trögel unsere Bemühungen mit den Worten sanktionirte, „es wäre besser gewesen, wir wären zu Hause sitzen geblieben.“ Troydem leh er sich nach dieser Zeit bei der Genossenschaft der Manufaktur- und Handarbeiter als Mitglied aufnehmen, wofür er infolge seiner Schuldenverhältnisse als Sekretär fungirte. Als wir in unsern Beiträgen um Errichtung eines Faktorgehäuses auf genossenschaftlicher Grundlage (Schritten und dem. Trögel nebst seinem Sohn nicht sofort mit der Leistung betrauten, lehnte er uns den Rücken, mit der Aeußerung, von dem Internationalen Band nichts mehr wissen zu wollen und verbrannte die Protokolle. Wir bezeichnen dies als einen Ausdruck seines unbefriedigten Ehrgeizes und freuen uns, diese Sorte so bald los zu sein. Die Parteigenossen Brodau's. Verichtigung. In Ihrem Blatte, Nr. 68, sagen Sie, ich hätte bei der Reichstagswahl drei Stimmzettel für Herrn Biedbürgermeister Stephani abgegeben, was ich Ihnen als unrichtig bezeichnen muß. In meinem Wahlbezirk war mein Name nicht vorzufinden; da ich kurze Zeit vor der Wahl in einer anderen Straße gewohnt habe, so wies man mich in den betreffenden Wahlbezirk, um vielleicht dort meinen Namen vorzufinden, auch hier war derselbe nicht zu finden, mithin konnte ich keine Stimmzettel abgeben. Da einer meiner Mitarbeiter krank war, so ging ich, da derselbe in demselben Wahlbezirk wohnte, um in dessen Namen zu wählen; sein Name fand sich auch richtig vor; hier gab ich einen Stimmzettel ab, wurde aber bei dem Fortgehen zurückgerufen und gesagt, ob ich derselbe Mann sei; so habe ich meinen Namen genannt, und der Stimmzettel, welcher auf Herrn Biedbürgermeister Stephani lautete, wurde als ungültig erklärt; somit habe ich gar nicht(?) gewählt. Theodor Blättner. (Unser Irrthum war also nicht bedeutend. Wir meinten, Herr Blättner hätte 3 Stimmzettel (1 berechtigten und 2 unberechtigte) abgegeben, und er selber belehrt uns, daß er nur 1 unberechtigten abgegeben hat. D. R. d. S.) Briefkasten der Redaktion: E. O. L. in V. Ja, im Redaktionslokal! Für München. Der Unterzeichnete zeigt hiermit den Parteigenossen an, daß er zum Vertrauensmann gewählt worden ist. Alle Zusendungen von Briefen und Schriften sind nur an mich zu senden. Unser Versammlungslokal befindet sich in der Offenbacher, Reichenbachstraße Nr. 9, und sind daselbst jeden Samstag, Sonntag und Montag mehrere Mitglieder anzutreffen; mögen sich also Fremde, die hierher kommen, nur dorthin wenden. Samstag, den 2. September, findet in der Offenbacher, Reichenbachstraße Nr. 9, eine öffentliche Parteiverammlung statt. Tagesordnung: 1) Der Normalarbeitstg. 2) Entrichtung der rückständigen Monatsbeiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Der Vertrauensmann: Franz Versäcker, Gärtnerplatz Nr. 4/4, links. Für Pforzheim. Die Parteigenossen sind hiermit eingeladen, sich Samstag, den 2. September, Abends präcis 8 Uhr, im Nebenzimmer der Bierbrauerei Hof zu einer Versammlung einzufinden. Auch Gäste sind willkommen. Für Ködlig und Umgegend. Zu einem Arbeiterfest, bestehend in einer Festsrede, Deklamation und darauf folgendem Ball am nächsten Sonntag, 3. September, von Nachmittags 3 Uhr an im Saale des Herrn Jung, in Ködlig ladet alle Parteigenossen von Nah und Fern freundlich ein. Der sozialdemokratische Arbeiter-Verein zu Ködlig-Hohndorf. Für Leipzig. Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Freitag, den 1. September, Abends punkt halb 9 Uhr: Versammlung im Saale der „goldenen Säge“ (Restaurant Viktoria) Ecke der Dresdener- und Langenstraße. Tagesordnung: Sozialpolitischer Wochenbericht. (Ref. Jacobu.) — Fragekasten. Um pünktliches Erscheinen wird erjucht. Gäste sind willkommen. Der Vorstand. Leipzig: Beamten-Redakteur A. Heyner (Redaktion: Peterssteinweg 18) Druck u. Verlag: F. Thiels. (Expedition: Petersstr. 18.) *) Traurig genug, daß man solche Bemerkungen machen muß. Ein ausführlicher Bericht Brack's folgt in nächster Nummer. *) Siehe hierzu Brodauer Korrespondenz.